



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Mittwoch, 19.03.2014**

Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**

Sitzungsende : **18:30 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp

Frau Andrea Geiger

Herr Eugen Gette

Herr Peter Hellweg

Herr Hubert Kobrink

Frau Elisabeth Lesting

Herr Helmut Mittelbach

Frau Dr. Claudia Preckel

Herr Gerd Rembrink

Herr Alexander Ringbeck

Herr Wolf-Rüdiger Soldat

Frau Gökce Tosun

Herr Florian Westerwalbesloh

Herr Arno Zurbrüggen

-

Frau Mechthild Gröver

Herr Michael Jathe

Frau Hannelore Rampelmann

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Ralf Dickmann
Herr Uwe Opitz
Herr Michael Vennebusch
Frau Lena Wickenkamp

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung

Seite:

1. Einwohnerfragestunde
2. Befangenheitserklärungen
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2013
4. Sachbericht Asyl
Vorlage: M 2014/500/2942
5. Sachbericht SGB XII
Vorlage: M 2014/500/2945
6. Sachbericht zum Wohngeld
Vorlage: M 2014/500/2946
7. Sachbericht Seniorenarbeit/Ehrenamt/Integration
Vorlage: M 2014/500/2947
8. Verschiedenes
- 8.1. Mitteilungen der Verwaltung
- 8.2. Anfragen an die Verwaltung

Die Vorsitzende, Frau Krause, begrüßt Herrn Bürgermeister Knop, die Ausschussmitglieder, Herrn Hahn von der „Glocke“, eine ZuhörerIn sowie Vertreter der Verwaltung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gestellt.

2. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich keiner der Ausschussmitglieder als befangen.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2013

Beschluss: Der Ausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2013.

4. Sachbericht Asyl Vorlage: M 2014/500/2942

Allgemeine Situation

Frau Gröver berichtet, dass sich durch die verstärkte Zuweisung von Asylbewerbern die Situation im Bereich Asyl wieder angespannt darstellt. Vor allem die beengte Wohnsituation macht den Bewohnern im Axthausener Weg zu schaffen. Darüberhinaus demotivieren die wiederholten Ablehnungen einer Arbeitserlaubnis für Tätigkeiten auch in den Schlachtbetrieben die Asylbewerber, die sich um Spracherwerb bemühen und in den Ausweispapieren den Zusatz: „Arbeitsaufnahme mit Zustimmung der Ausländerbehörde“ nach neun Monaten erhalten haben.

Herr Jathe teilt ergänzend auf eine Nachfrage aus dem Ausschuss mit, dass eine Arbeitserlaubnis nur nachrangig erteilt wird, wenn es keine potentiellen Bewerber aus dem ganzen europäischen Raum gibt. Dadurch sind die Stellen im Normalfall nach 4-6 Wochen bereits besetzt. Diese Prüfung erfolgt durch die ZAV (Zentrale Arbeitsvermittlung in Duisburg)

Weiter berichtet Frau Gröver, dass Ausnahmen für ein Ausbildungsverhältnis oder einen Schulabschluss möglich sind.

Aus dem Kontingent der syrischen Flüchtlinge, die in NRW aufgenommen werden sollen, ist bisher keine Person Oelde zugewiesen. Diese Zuweisungen berücksichtigen familiäre Bindungen am Ort, weiterhin erhalten diese Personen einen Aufenthaltstitel, der zu SGB II – Leistungen berechtigt.

Wohnsituation der Asylbewerber

Frau Gröver teilt mit, dass die durch die Umzüge im Frühsommer 2013 erreichte Entspannung der Wohnsituation in den Übergangsheimen am Axthausener Weg nach den erneuten Zuweisungen faktisch aufgehoben ist, so dass seit Herbst Wohnungen für die Unterbringung von Asylbewerbern in den städtischen Gebäuden Im Ketzell eingerichtet worden sind.

Nach Renovierungen im Axthausener Weg 23b und Herrichten einer weiteren Wohnung im städtischen Gebäude Im Ketzell 13, Stromberg werden Umzüge in den nächsten Wochen erfolgen, um die angespannte Lage in den Häusern am Axthausener Weg zu entzerren. Frauen und Familien werden derzeit bevorzugt in Stromberg Im Ketzell untergebracht, daneben werden Religion, Herkunftsland und Zuweisungsdatum bei den Umzügen berücksichtigt.

Für eine alleinerziehende Mutter mit ihrem Kleinkind konnte über den Bauverein eine Wohnung in Oelde angemietet werden.

Im laufenden Jahr rechnet der FD Soziales mit weiteren Zuweisungen von Asylbewerbern; diese Neuzugänge sollen in der Unterkunft „Auf dem Borgkamp“ untergebracht werden. Das Erdgeschoss des Hauses wird hierzu vom FD Gebäudemanagement derzeit wieder hergerichtet. Die veranschlagten Kosten liegen bei ca. 30.000€.

Aktuelle Asylbewerbersituation Oktober 2013 und Vergleich mit Vorjahren

	2010 Jeweils am Stichtag	2011	2012	2013	2014 bis Ende 02
Asylbewerber im Leistungsbezug	36	38	38	85	88
in Ü-Heim untergebracht	9	18 + 1 Pers. im Pflegeheim	41	50 Axth. Weg 4 Oelde 12 Stromberg 2 Lette	47 Axth. Weg 4 Oelde 18 Stromberg
in Privatunterkünften untergebracht	26	19	15	17	19
Personen in lfd Hilfebezug	36 darunter 12 Kinder	36 darunter 11 Kinder	38 darunter 7 Kinder	85 darunter 12 Kinder	88 darunter 14 Kinder (2 Säugl.)
§ 3 Grundleistungen AsylLG	19	24	26	73	76
§ 2 Leistungen AsylLG d.h. analog SGB XII	17	12	12	12	12
Neuzuweisungen	2	12 + 2 Neugeborene	35	47	6
Abschiebungen	0	2	1	0	0

Freiwillige Rückreise		2	3	5	1
Umzug in and. Kommune	1	2		0	0
Aufenthaltstitel		2	13	2	0
Abmeldung von Amts wegen		4	3	2	0
Arbeitsaufnahme	1	2	3	3 x Schulbesuch ü 16 Jahre	0
	Zahl spiegelt nicht den ständigen Wechsel in den Fallzahlen wider!			3 x Arbeits-erlaubnisse abgelehnt	2 x Arbeits-erlaubnisse abgelehnt

Ausgabenentwicklung Asyl seit 2009

	Landeszuweisung T €	Sonst. Erträge T €	Sozial-Leistungen T €	Gebäude-management T € *	Ausgaben Brutto T €	Ausgaben Netto T €	
2009	56	33	230	49	279	190	
2010	56	37	260	42	302	209	Für 1 Person mussten Heimkosten übernommen werden
2011	67	25	230	36	266	174	1 Haus über Winter geschlossen
2012	110	15	271	50	321	196	Zuweisung wg. höherer Regelsätze erhöht
2013	141	13	323	52	375	221	Zuweisung wg. höherer Asylbewerberzahlen erhöht
2014	200						ME decken vorauss. Mehraufwand von 100.000€

*nicht enthalten sind Aufwendungen für die Grundrenovierung, Ausstattung der Häuser, laufende Reparaturen an Einrichtungsgegenständen, ebenso Personalkosten für Hausmeistertätigkeiten.

Sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerber

Frau Gröver berichtet, dass sich die regelmäßige Anwesenheit des Hausmeisters seit dem 01.07.13 sehr positiv auf die Situation in den Unterkünften auswirkt. Hausinterne Unstimmigkeiten können im direkten Gespräch aufgelöst oder einzelne Bewohner bei Hausmeisterarbeiten eingebunden werden.

Als Gegenleistung für den Zuschuss Asyl bietet der Verein Pro Arbeit e.V. wöchentlich eine Sprechstunde für die Asylbewerber an. Frau Cyriankiewicz sucht die Unterkünfte im Axthausener Weg und Im Ketzeln im Wechsel auf und bietet darüberhinaus nach Absprache Termine in den Räumen im Bahnhof an. Sie bietet v.a. Unterstützung bei Bewerbungen, Vermittlung zu weiteren Beratungsstellen wie Migrationsberatung, Jugendamt.

Vor Weihnachten waren die Asylbewerber und Asylbewerberinnen vom Oelder Tisch, den Integrationslotsen und Integrationslotsinnen über Frau Cyriankiewicz und Herrn Bücken zum gemeinsamen Essen in die Ausgabestelle Im Sundern eingeladen worden. Mehrere Frauen aus den Moscheegemeinden hatten das Essen zubereitet und serviert. Die Einladung fand bei allen Beteiligten einen guten Anklang.

Frau Geiger bedankt sich für die bisher geleistete Arbeit.

Weiter teilt Frau Gröver mit, dass Kontakte mit der Laufvereinigung Oelde aufgenommen worden sind, um über den gemeinsamen Sport eine bessere Integration vor allem für die jüngeren Asylbewerber zu erreichen. Es wäre einen Versuch wert, Patenschaften einzurichten.

Solidarfond Krankenkosten

Frau Gröver berichtet, dass am 14.02.2014 auf der Bürgermeisterkonferenz vereinbart wurde, ähnlich wie im Kreis Steinfurt auch im Kreis Warendorf einen Solidarfond einzurichten, aus dem die Krankenkosten für Asylbewerber finanziert werden.

Hintergrund zu diesen Überlegungen ist die Tatsache, dass einzelne Kommunen durch Krankenkosten im Bereich Asyl an die Grenze ihrer finanziellen Belastung bis hin zur Haushaltssicherung geraten können, weil die Kosten im Rahmen der Asylleistungen als Pflichtaufgaben übernommen werden müssen.

Die Stadt Oelde hat in den letzten Jahren durchschnittlich rd. 67.000€ für Krankenkosten aufgewendet, ein extrem teurer Fall ist von 2009 bis 2013 nicht aufgetreten. Nichts desto trotz wird sich die Stadt Oelde am geplanten Solidarfond der Kommunen im Kreis beteiligen, zu dem Einzelheiten noch ausgearbeitet werden müssen.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Sachbericht SGB XII Vorlage: M 2014/500/2945

Frau Gröver berichtet, dass nach einem Jahr Laufzeit die Fallbearbeitung und Auszahlung der Grundsicherungsleistungen mit der kreiseinheitlichen Software LÄMMkom ohne größere Schwierigkeiten erfolgt ist. Auszahlungen werden inzwischen problemlos über die Kreiskasse Warendorf abgewickelt; für Einmalzahlungen – z.B. Nachberechnungen, Neufälle - sind zwei feste zusätzliche Auszahlungstermine pro Woche vereinbart, so dass kein Hilfeempfänger längerfristig auf bewilligte Gelder warten muss. Die Stadtkasse zahlt nur noch in begründeten Einzelfällen Leistungen in bar aus.

Der Bund erstattet seit diesem Jahr die Aufwendungen für die Grundsicherung im 4. Kap. SGB XII, in der Kreisumlage werden dadurch nur noch die Kosten der Sozialhilfe/ 3. Kap. SGB XII auf die Kommunen umgelegt.

Der bereits seit Jahren zu beobachtende Trend steigender Fallzahlen und Kosten im SGB XII bleibt ungebrochen. Höhere Regelsätze, geringe Renten vor allem bei Frauen, bei Hinterbliebenen und bei Personen mit zeitweise unterbrochenen Erwerbsbiografien liefern neben dem demografischen Wandel die Haupthintergründe.

Fallzahlen und Kosten zum Stichtag 31.12. eines Jahres im Vergleich:

	3. Kap. SGB XII Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII Grundsicherung i Alter u. dauerhafter EU	3. Kap. SGB XII Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII Grundsicherung i. Alter u. dauerhafter EU	
	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 12/12	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 12/12	Ausgaben in Euro	Ausgaben in Euro	Gesamtausgaben In Euro
2009	17/20	127/143	94.023	565.091	659.114
2010	17/19	134/160	80.908	645.506	726.414
2011	16/18	142/168	128.905	714.565	843.470
2012	17/23	155/174	117.788	746.131	863.919
2013	21/23	158/182	110.596	766.990	877.586

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Sachbericht zum Wohngeld Vorlage: M 2014/500/2946

Frau Gröver teilt mit, dass die Gesetzesänderungen im SGB II, SGB XII oder bei Zusatzleistungen (Heizkostenbeihilfe) in den letzten Jahren unmittelbare Auswirkungen bei der Bewilligung von Wohngeld -als Mietzuschuss oder Lastenzuschuss bei Eigentum – gezeigt haben: Nach Abschaffung der Heizkostenpauschale und höheren Regelsätzen in der Grundsicherung wandern Wohngeldbezieher wieder zurück in das System der Grundsicherung, aus dem sie vorher wegen höherer Wohngeldleistungen ausgeschlossen waren.

Unmittelbaren Einfluss auf die Bewilligungen von Wohngeld haben daneben die Lohn- und Gehaltsverbesserungen der letzten Jahre: die Einkommensgrenzen im Wohngeld sind seit 2009 unverändert, Mehrverdienste führen damit schnell zum Verlust des Wohngeldanspruchs und für Familien zum Verlust von Leistungen aus dem Bildungs-und Teilhabepaket wie Zuschüssen zum Mittagessen, zu Klassenfahrten, Büchergeld.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013

Wohngeldfälle gesamt	443	838	600	526	442	427
Wohngeldfälle Mietzuschuss	379	729	508	435	371	346
Wohngeldfälle Lastenzuschuss	64	109	92	91	71	81
davon Familien * (geschätzt)	269	330	336	294	248	239
Wohngeld als Mietzuschuss (Jahressumme in 1000 Euro)	338	526	527	513	324	302
Wohngeld als Lastenzuschuss zu Wohneigentum (Jahressumme in 1000 Euro)	74	97	114	106	57	66
Ausgezahlte Summe € pro Fall/ Monat Mietzuschuss	115	142	143	138	124	131
Ausgezahlte Summe € pro Fall/Monat Lastenzuschuss	152	170	191	182	161	157

*Bis 2005 lieferte das LDS Zahlen zu den Wohngeldbeziehern, der Familienanteil wurde für die Folgejahre mit 56% aller Wohngeldfälle geschätzt – Grundlage sind Erfahrungswerte aus den Vorjahren

Inzwischen erfolgt durch it-NRW ein regelmäßiger Datenabgleich, in dem Wohngeldbezieher auf nicht angegebene Einkünfte aus angemeldeten 450€-Jobs, Renten, Zinseinnahmen überprüft werden. Sind solche verschwiegenen Einkünfte aufgefallen, ist es Aufgabe der Stadt Oelde, den Sachverhalt aufzuklären und zu entscheiden, ob ein Bußgeld verhängt oder bei besonders schweren Verstößen gegen die Mitteilungspflichten ein Strafverfahren eingeleitet wird. Überzahltes Wohngeld muss in jedem Fall erstattet werden, die Rückforderungen setzt ebenfalls die Wohngeldstelle der Stadt Oelde fest.

Durch den Datenabgleich sind in 2013 bisher in 72 Fällen verschwiegene Einkünfte – vor allem aus 450€-Jobs – aufgedeckt worden. Dabei wurden 36 relevante Überzahlungen festgestellt, in den restlichen Fällen hatte das zusätzliche Einkommen keine Auswirkung auf die Wohngeldhöhe, weil die Einkommensüberschreitung weniger als 15% betrug.

Die Gesamtsumme der Rückforderungen von Wohngeldleistungen liegt zur Zeit bei 25.192 €. Die Überzahlungen werden durch Verrechnung mit noch laufenden Wohngeldansprüchen oder durch Ratenzahlungen getilgt. Bei Zahlungsrückständen erfolgt die Beitreibung durch die Stadtkasse.

Bei schwereren Verstößen wird zusätzlich ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

In einem Fall erfolgte eine Strafanzeige, in zehn Fällen wurden bisher Bußgelder verhängt.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7. Sachbericht Seniorenarbeit/Ehrenamt/Integration Vorlage: M 2014/500/2947

Seniorenarbeit/Altenhilfe

Frau Gröver berichtet, dass der FD 500 unter dem Motto „Barrierefreies Wohnen“ im Rahmen der Pflege- und Wohnberatung zusammen mit der Handwerkskammer Münster vom 28.04.2014 – 08.05.2014 (berichtigt: 10.05.2014) im Erdgeschoss des Rathauses eine Informationsausstellung zur Wohnraumanpassung anbietet. Angefragt sind auch örtliche Handwerksbetriebe, die erforderliche Umbauten aus einer Hand anbieten; ebenso sollen Fragen zur Finanzierung beantwortet werden können.

Zu der Anfrage, wer außerdem für Fragen zum Thema „Wohnen im Alter“ zuständig ist, teilt Frau Gröver mit, dass Herr Grote, ein ehemaliger Mitarbeiter aus dem Rathaus Oelde, Tipps und Informationen zu dem Thema geben kann. Außerdem kann man sich auch bei dem Kreis Warendorf, Pflege- und Wohnberatung, melden.

Am 08.05.14 gastiert „DAS Theater“ in der Aula des TMG mit dem Stück „ Du bist meine Mutter“. Eine Tochter besucht ihre Mutter im Pflegeheim. Auf den ersten Blick nichts Weltbewegendes, dennoch sind unter der Oberfläche die großen Themen spürbar: Liebe, Verantwortung, ungelebtes Leben, Einsamkeit. Ein leises, mit vorsichtiger Ironie versehenes Stück über das Altern und die gewandelten Beziehungen von Eltern und Kindern.

Integration

Frau Gröver berichtet, dass unter dem Titel: “Wir in Oelde“ die Integrationslotsen und Integrationslotsinnen Migranten einladen, um wichtige Anlaufstellen in Oelde zu entdecken.

Besichtigt und „entdeckt“ werden in Kleingruppen im April die Bücherei, im Mai das Rathaus, dann geht es im Juni auf eine Rallye durch das Stadtgebiet, den Abschluss bildet ein gemeinsamer Kochabend im Juli.

Der Kurs wurde in Zusammenarbeit mit der VHS Oelde entwickelt; in den Sprachkursen, Integrationskursen wird gezielt für den Kurs geworben.

Bei ausreichendem Interesse sollen Besuche im Krankenhaus, im Vier-Jahres-Zeiten-Park/Kindermuseum, auf der Burg Stromberg folgen.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8. Verschiedenes

8.1. Mitteilungen der Verwaltung

- Bürgermeister Knop bedankt sich bei dem Sozialausschuss für die stets konstruktive und faire Zusammenarbeit. Besonders bedankt er sich bei der Ausschussvorsitzenden, Frau Krause, für ihr großes Engagement und dem stets sozialen Blick mit einem Blumenstrauß.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8.2. Anfragen an die Verwaltung

- Frau Geiger berichtet über einen Beitrag durch den WDR, wo griechische Bürger mit falschen Versprechen auf Arbeitsangebote nach Oelde hierher gelockt worden sind. Leider hat es für diese Personen keine Arbeitsverträge in der versprochenen Form gegeben. Außerdem ist die Wohnungssituation für diesen Personenkreis als katastrophal dargestellt worden.

Frau Gröver berichtet, dass sich tatsächlich auch in Oelde 12 Personen gemeldet haben, denen es auch so ergangen ist. Um die Situation zu entschärfen, habe man kurzfristig eine Lösung gefunden. Vor allem habe das Jobcenter kurzfristig alle Hilfeansprüche geprüft und bewilligt. Herr Jathe ergänzt, dass diese Sachlage an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden ist.

- Herr Bovekamp berichtet, dass sich die Robert-Bosch-Stiftung u.a. mit dem Thema „Demenz“ auseinandersetzt. Er bezeichnet die Krankheit „Demenz“ als die Geißel des 21. Jahrhunderts. Auch in Oelde sollte man überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, eine demenzfreundliche Kommune zu werden.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Hiltrud Krause
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann
Schriftführerin